

Verständnis für unsere gesellschaftlich-geschichtliche Eigenart so allgemein ist, daß wir die Instrumente einer öffentlichen Repräsentation des Katholizismus ganz aus der Hand geben können. Wieweit die konfessionspezifischen Züge einer solchen Repräsentation sich ausprägen und betont werden, hängt dabei auch von unseren Partnern im Konzert der pluralistischen Gesellschaft ab. Nicht nur die deutschen Katholiken, auch die nationale Öffentlichkeit im ganzen entscheidet darüber, welchen Katholizismus sie haben wollen.

*Fritz Müller-Breitenmoser,
Vorsteher der Vormundschaftsbehörde, Basel:*

Noch vor einem knappen Jahrzehnt hätte im »offiziellen« katholischen Raum das Begriffspaar »Kirche-Partei politik« kaum Anlaß zu grundsätzlichen Diskussionen geboten. Es galt als selbstverständlich, daß christliche oder katholische Parteien (im westlichen Kontinentaleuropa) sich gleichsam als allein zuständig betrachteten, »christliche Politik« zu treiben und die Interessen »der Kirche« im staatlichen Bereich zu vertreten und zu schützen. Es war seit Jahrzehnten ebenso selbstverständlich, daß kirchliche Instanzen verschiedener Ebene auf mehr oder minder subtile Art ihren Einfluß auf katholische Parteigruppierungen – allgemein oder in Einzelfällen – spürbar werden ließen. Dabei sollten gewisse positive Ziele erreicht, mehr noch aber negative Entwicklungen verhindert, vor allem das Eindringen »weltlichen Denkens« oder kirchenfeindlicher Ideologien abgewehrt werden. Besonders extreme Ausprägung fand diese Haltung in Italien und Spanien. Und zum dritten wurde es von den meisten Katholiken als selbstverständlich erachtet, daß die Kirche – als stillen Dank für geleisteten Einsatz – vor Wahlen der christlichen bzw. katholischen Partei ihr besonderes Wohlwollen bekunde und ihre Schäfchen eindringlich vor den Gefahren der Unterstützung anderer Parteien warne.

Das Leitwort »Katholische Aktion« und das böse Wort vom »politischen Katholizismus« mögen als Erinnerungszeichen stehen für eine Zeit, die war, die aber mit dem Vatikanum II ihr Ende fand.

Nun soll das alles also nicht mehr gelten, nicht mehr wirksam sein, fragen einzelne auf beiden Seiten der bisherigen Partnerschaft besorgt? Gott sei Dank hat das Konzil hier eine Wende gebracht! Es ist eine Wende zum Heil und keineswegs zur Demontage christlicher Präsenz in Staat und Gesellschaft, wie Gestrige unken. Die Wende gründet in drei Ursachen: im neuen Selbstverständnis der Kirche, in der Mündigkeit des Laien und im Prinzip der religiösen Freiheit mit der Anerkennung des personalen Gewissensentscheides.

Das neue Selbstverständnis der Kirche: Da die Kirche nicht mehr als »Amtskirche« gesehen wird, sondern als »Volk Gottes«, und da sie somit nicht mehr außerhalb der ungläubigen Welt steht, ja sich vor ihr verschließt, sondern in dieser Welt

wirkt (wo Heil geschieht, ist Kirche), braucht die Kirche keinen »weltlichen Arm« – also eine ihr fügsame politische Partei –, um auf eine von ihr als feindlich betrachtete Welt politisch Einfluß nehmen zu können. Das konstantinische Bild möglichst weitgehender Kongruenz von christlichem Staat und katholischer Kirche ist von der Sicht einer pluralistisch strukturierten Welt abgelöst worden, in der kirchliche Hegemonieansprüche alter Prägung völlig anachronistisch erscheinen müßten. Die Kirche erkennt sich in zunehmendem Maße als Minderheit in der Welt, ja selbst im sogenannten christlichen Abendland. Sie wird durch soziologische und geistesgeschichtliche Entwicklungen wieder zur »kleinen Herde« des Evangeliums.

Immer mehr Probleme dieser Welt werden von Menschen durchdacht, erörtert und gelöst, die keine Beziehung zur Kirche haben, die aber sachlich für die Lösung dieser Aufgaben in jeder Hinsicht kompetent sind. Das Konzil hat heute das Wirken in »der Welt« als ureigenen Bereich des Laien anerkannt, für den er von der Sache her zuständig sei. Wenn wir unter Politik das aktive Bemühen um das menschliche Zusammenleben auf Staatsebene verstehen, so ist es ein fundamentaler Irrtum zu meinen, katholische Politik erschöpfe sich darin, spezifisch christlich-religiöse Forderungen in der Politik zu vertreten. Der Irrtum rührt daher, daß man Kirche und Partei verwechselt. Die Kirche als Amtskirche hat auch in einer christlichen Partei nichts zu bestimmen und nichts zu fordern, außer daß das Gesetz Gottes geachtet werde. Die Partei aber ist primär eine politische Institution, die sich mit politischen Denkmitteln um alle politischen Probleme zu mühen hat. Es war die Tragödie von 1933, daß das Zentrum als Partei vor Hitler kapitulierte (unter »kirchlichem« Einfluß), nur weil Hitler ein Konkordat, katholische Schulen und Kampf gegen Unsittlichkeit versprach, während der politische Unwert, ja die politische Katastrophe Hitlers dem Einsichtigen schon offenkundig sein mußte.

Karl Rahner erklärt, daß es im politischen Bereich eine relative Unzuständigkeit der Kirche gebe, ja daß man von einem eigentlichen Rückzug der Kirche aus der Politik reden könne. Das Konzil hat hier völlige Klarheit geschaffen. Neu und wichtig ist, daß es feststellt (vgl. Pastoralkonstitution, Nr. 43), die Seelsorger hätten nicht einmal für alle schweren Fragen im weltlichen Bereich die Kompetenz einer Antwort oder sogar einer Sendung. Die Laien werden auf ihre eigene Aufgabe vielmehr nachdrücklich hingewiesen, ebenso auf die nüchterne Tatsache, daß Christen bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu verschiedenen Urteilen kommen können. Rahner sagt dazu (Kleines Konzilskompandium, 433) klärend: »Der Idee eines christlichen »Monolithismus« und »Integralismus« wird damit entschieden abgesagt. Das Konzil erläßt für solche in der pluralistischen Welt häufige Situationen zwei Weisungen: Niemand hat das Recht, die Autorität der

Kirche ausschließlich für sich und seine Meinung in Anspruch zu nehmen (unbefangen nimmt das Konzil die Möglichkeit hin, daß dadurch Organisationen, die sich »christlich« nennen, beträchtliche Einbußen erleiden, weil sie künftig, auf ihre eigenen Qualitäten gestellt, sich nicht mit dem falschen Prestige besonderer Kirchlichkeit brüsten können) ...«

Damit ist klargestellt, daß es keine »christliche Politik« aus Auftrag der Kirche, sondern nur aus Auftrag des einzelnen christlichen Gewissens geben kann. Und eine irgendwie geartete Gemeinschaft jener, die aus einem solchen Gewissensauftrag heraus sich als Christen um die Lösung der Fragen des öffentlichen Lebens oder der sozialen Probleme bemühen, macht ebendiese christliche Politik nicht im Sinne katholischer Aktion oder inländischer Mission, sondern anerkennt und erfüllt ihre wesentlich profane Rolle. Diese wird allerdings gesehen und beurteilt im höheren Licht des christlichen Welt- und Menschenbildes, ohne deshalb etwas anderes zu werden. Eine direkte Beziehung zur Kirche entsteht für die Politik nur auf der soziologischen Begegnungsebene.

Wir sind uns völlig klar darüber, daß es sich bei den Erklärungen der Pastoralkonstitution keineswegs um eine Bestandsaufnahme heutigen Denkens zum Problem Partei und Kirche handelt, sondern um das Öffnen einer neuen Sicht auf ein noch nicht erreichtes Ziel. Das alte Denken bei politischen und bei kirchlichen Instanzen wird nicht von einem Tag auf den anderen verschwinden. Es werden Krisen auftreten, es dürfte vereinzelt auch künftig unnötige Übergriffe und servile Aktionen geben. So mag etwa die kürzliche vorläufige Suspendierung des Leiters der kirchlichen Sendungen am Westdeutschen Rundfunk, Leo Waltermann, in diesem Rahmen gesehen werden. Daß die Maßnahme inzwischen aufgehoben ist, wurde nur dank der sofortigen, wachen Reaktion maßgeblicher katholischer Laien und kirchlicher Persönlichkeiten erreicht. Diese wirksame Reaktion ist ein ermutigendes Zeichen.

Daß es trotz des Konzils noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern wird, bis kirchliche Einmischungsversuche in die Politik und parteipolitische Unterstützungsbegehren an kirchliche Personen verschwinden, darf uns nicht bedrücken. Es ist auch hier zu bedenken, daß keine Entwicklung der Beziehungen zwischen menschlichen Gemeinschaften losgelöst von historischen und soziologischen Gegebenheiten verlaufen und somit auch nicht spontan erfolgen kann. Oft erweisen sich ja gewisse Denkkategorien als derart eingefleischt, daß sie fast generationsgebunden erscheinen. Dieses Bild kennen wir aus der Kirche und aus der Politik. Gerade das Konzil hatte damit zu ringen. Unsere Aufgabe wird es sein, die Öffnung der Kirche zur Welt, ihr praktisches Wirken in der Welt im Sinne einer humaneren Gestaltung der Menschheitsfamilie glaubhaft zu machen, aber im Bewußtsein, daß sich der Sendungsbereich der Kirche ausdrücklich auf die »religiöse Ordnung«

beschränkt. Es wird der katholische Laie in der Politik, in einer christlichen Partei, immer wieder darauf Bedacht nehmen müssen, daß er dort nur auf der Grundlage bester sachlicher Kompetenz an der Förderung des Gemeinwohls zu wirken vermag und nicht unter Berufung auf seinen Tauschein. Und schließlich werden katholische Politiker und Kirchenmänner in zunehmendem Maße sich darauf zu besinnen haben, was die Aussagen des Konzils über die Religions- und die Gewissensfreiheit im praktischen Leben, in der Begegnung der Menschen verschiedenen Glaubens und Unglaubens und für das Wirken des Christen in der Welt wirklich bedeuten, und welche Konsequenzen für unser Denken, Handeln und politisches Streben daraus zu ziehen sind. Hier liegt noch allzuviel Brachland. Möge die Saat des Zweiten Vatikanischen Konzils bald tausendfältige Frucht bringen und nicht etwa ob der Herzenshärte einiger »Pharisäer und Schriftgelehrten« verdorren.

*Dr. Wolf-Dieter Narr,
Wissenschaftlicher Assistent, Konstanz:*

Bevor das zu behandelnde Thema in wenigen Thesen angeschnitten werden kann, sollen ohne weitere Begründung und ohne die nötige Differenzierung und Spezifikation die beiden Prämissen genannt sein, aufgrund deren im folgenden argumentiert wird:

a) Die thematische Problematik wird hier prinzipiell unter einem politologischen Aspekt betrachtet, d. h. es wird vor allem danach gefragt, wie sich das Problem Kirche und Parteien in der politisch-sozialen Wirklichkeit darstellt und was von dieser her, als einer demokratisch normierten verstanden, verlangt werden kann, ja gefordert werden muß. Der Bezugsrahmen des Urteils ist ein Demokratieverständnis, das Demokratie nicht – wie heute üblich – vorschnell mit einem Zusatz versieht (à la repräsentative oder pluralistische Demokratie) oder Demokratie selbst schon zum Adjektiv verdünnt (à la demokratischer Rechtsstaat u. ä.). Vielmehr wird gegen eine am *status quo* oder gar an vergangenen Verhältnissen ausgerichtete induktive Minimaldefinition eine normative Optimaldefinition angenommen, die in der Demokratie zugleich i. S. eines Maßstabs der jeweiligen einseitigen und u.U. unnötigen Herrschaftsverhältnisse eine uneingelöste innerweltliche Hoffnung auf eine freie Gesellschaftsordnung für jeden einzelnen Menschen sieht. Das Verständnis dieser real-utopischen Ordnung weiß um die Gefahren ideologischer Abkapselungen (auch i. S. von Maximaldefinitionen), denen sie durch eine strikte Reflexion des Ziels mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu entgegen strebt, sie weiß auch darum, daß es säkular betrachtet keine endgültige Ordnung geben wird. Dennoch wird die reale (d. h. immer geschichtliche) Möglichkeit von gelungener Demokratie nicht durch eine wohlfeile Vorweg-Resignation ausgeschlossen, die nur herrschenden Un-